

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Gesamtpreis: 25 241.
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich einmaliger Auftragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 78,- M., jährlich 144,- M.
Anzeigen-Preis: Die einseitige 37 mm breite Zeile 5,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 1 tägliche An- u. Verkäufe 25,- M. Vorzugsplätze sind nach Vereinbarung. Einzelpreis d. Vorabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichert in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung d. Dresdner Nachr. zulässig. - Internationale Schriftsätze werden nicht aufgenommen.

Hupfeld
Waisenhaus-Str. 24

Urteile und
Literatur
kostenlos

Der Phonola-Flügel

Das voll-
kommenste
Instrument

Rönisch
Waisenhaus-Str. 24

Rathenau über das Reparationsproblem.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 7. März. Im Hauptauschuss des Reichstages sprach heute Reichsminister des Inneren Dr. Rathenau bei Gelegenheit der Beratung des Haushaltsplanes seines Ministeriums über das Reparationsproblem. Er sagte aus, daß

drei Auffassungen über das Reparationsproblem in Deutschland erkennbar wären:

Die eine geht dahin, es müsse Gehigkeit gezeigt und Widerstand geleistet werden und es müsse die Reparationsleistung abgelehnt werden weil sie von Deutschland nicht getragen werden könne. Eine solche Politik könnte man als Katastrophopolitik bezeichnen.

Die zweite Auffassung geht dahin, daß man bis zu einem bestimmten Maße sich dem Reparationsproblem nähern dürfe, daß man aber mit aller Offenheit erklären sollte, die Leistungen seien vollkommen unerfüllbar und es habe überhaupt keinen Zweck, sie in irgendwelchem bedeutenden Ausmaß in Erwägung zu ziehen. Diese Politik muß bezeichnet werden als die Politik mangelnder Psychologie und Erkenntnis der Weltlage.

Die dritte Auffassung erklärt eine Verpflichtung zur Reparation für das Reich, geschaffen durch die Unterzeichnung seiner maßgebenden Stellen. Diese Auffassung vertrat auch die Reichsregierung. Sie ging davon aus, daß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden müsse, dem ehemaligen Gegner zu zeigen, daß Deutschland bereit ist, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen.

Der Minister erklärte dann noch eine mißverständliche Auffassung seiner Rede auf, die er im Reichstag über das Reparationsproblem gehalten hatte. Er hatte damals erklärt, daß

das Maß der Erfüllung gegeben sei durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe.

Dieses „dürfe“ habe er unterrichtet und unterrichtet er nochmals, denn darin wäre die sittliche Verpflichtung mit enthalten, nur bis zu dem Punkte zu gehen, den der Staatsmann verantworten könne. Jede andere Auslegung dieser Worte sei mißverständlich oder böswillig. Die Erfahrung hat dann noch gezeigt, daß die Fragestellung „Wann ist die Erfüllung der Verpflichtung“ der Erfüllung für das Reparationsproblem überhaupt nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist; vielmehr hat sich gezeigt, daß eine weitere Frage bedeutend schärfer hervortrete, nämlich die:

Wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die kriegenden Völker erträglich sei,

denn die auf den Weltmarkt gebrachte Inanspruchnahme eines Landes führe dazu, den gesamten Markt der Erde zu zerstören.

Psychologisch habe sich das Vorgehen der Regierung als richtig erwiesen. Die Sprache der Tatsachen sei so hart gewesen, daß heute in allen Ländern das Reparationsproblem von neuem hinfällig werden mußte. Gerade in diesem Moment schweben die Verhandlungen darüber, auf welches Maß die Reparation für das Jahr 1922 begrenzt werden soll. Die praktische Politik der Regierung führte als erste Etappe nach

Wiesbaden.

In Wiesbaden handelte es sich darum, Modalitäten zu

finden, um überhaupt dem Reparationsproblem eine Unterlage der Durchführbarkeit zu geben. Der Begriff der Zahlleistungen trat in den Vordergrund. Der Minister betonte, daß notwendigerweise die kriegenden Gebiete Frankreichs wieder herzustellen werden müßten. Solange sie als Wüsten zwischen Deutschland und Frankreich liegen, werden sie ein Symbol der Spaltung zwischen den Völkern bleiben. In Wiesbaden wurde nun ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich getroffen, das auch auf andere Staaten seine Anwendung finden könnte. Während das Ergebnis von Wiesbaden noch nahe zu hin den beabsichtigten Erfolg (?) gezeitigt habe, sei es im Innern um Vorzeichen einer Agitation und Kontroverse, und zwar nicht nur gegen die Zahlleistungen, gekommen. Die Argumentationen, die dieser Kontroverse als Unterlage dienen, machten es jedoch jedem Unvoreingenommenen klar, daß es weniger wirtschaftliche, als politische Fragen waren, die die große innerpolitische Agitation gegen Wiesbaden hervorrief.

Das Ergebnis von Cannes sei kein negatives gewesen.

wenn auch durch die Annahmeerklärung des französischen Ministerpräsidenten die Konferenz leider nicht zu Ende geführt werden konnte. Cannes habe es möglich gemacht, den Vertretern der früher uns gegnerischen Nationen die gesamte deutsche Situation darzulegen. Ferner sei es in Cannes dazu gekommen, daß eine Konferenz aller Nationen für Genua in Aussicht genommen wurde. Der Reflex in der deutschen Öffentlichkeit, den Cannes gezeigt habe, sei nicht ohne Widerspruch gewesen. Einerseits erklärte ein Teil der Kritiker das Ergebnis von Cannes für wertlos, weil Genua angeblich von keiner Bedeutung für das Reparationsproblem sein könne. Andererseits wurden von gleicher Seite die Vorläufer der Weltkriege dahin ausgelegt, daß dadurch die letzte Hoffnung für Deutschland auf eine Verringerung des Reparationsproblems entfallen sei. Entweder sei nun aber in Cannes etwas erreicht worden, nämlich das Abkommen der Konferenz von Genua, oder die Genuaer Konferenz sei ohne Bedeutung, dann könnten wieder die Venetianer Beschlüsse nichts verhindern. Der Minister erklärte, daß er nie erwartet habe, es könne einem aus 40 nicht durchweg am Friedensvertrag beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Genua-Konferenz darstelle, das Reparationsproblem und der Versailles Vertrag zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Dafür sei Genua niemals der Ort gewesen, wohl aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Ursachen der Weltkriege erörtert werden, und daß die Nationen gemeinschaftlich nach solchen Wegen suchten, die zu einer Gländung des ganzen Kontinents führen. Praktisch werde Genua vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen

sein, die vornehmlich dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Völker seien heute noch zu weit entfernt von der Klarheit über die Ursachensachen der ganzen Weltwirtschaft, als daß man annehmen könne, es könnten sofort endgültige Verhandlungen vorgenommen werden.

(Bei Reichstagsöffnung dauerten die Verhandlungen noch fort.)

Eine französisch-dänische Allianz.

Nachdem Belgien im Westen, Polen im Osten und die Tschecho-Slowakei im Südosten als Verbündete Frankreichs auf den gegen uns gerichteten französischen Vermittlungsgedanken eingestimmt sind, beginnt Frankreich nunmehr auch Dänemark als nördlichen Nachbar Deutschlands mit allen Mitteln in seine Kette zu ziehen. Auf der einen Seite werden auf besondere Einladung der französischen Regierung dänische Offiziere - darunter ein Vertreter des Königs, Prinz Aage, - zum Besuch der französischen Schlachtfelder und zum Studium der französischen Wehr- einrichtungen zur französischen Armee kommandiert, auf der anderen Seite bereist ein französischer General, der Direktor der bekannten Kriegsschule von St. Cyr, angeblich in Begleitung des französischen Gesandten in Kopenhagen Dänemark und die ehemals deutschen Gebiete Nord-Schleswigs, um die Doppelverhältnisse und die während des Krieges von uns angelegten wirtschaftlichen Zwangsbeziehungen zu befestigen und dann in einer Reihe von Vortragenden Anhängern für die von ihm in Kopenhagen zu begründende französisch-dänische Allianz zu werden - die sich in ihren Zielen und Zwecken selbstverständlich nur gegen Deutschland richten kann.

Die französische Politik findet in Dänemark bereits ein für ihre Absichten gut vorbereitetes Feld der Tätigkeit. Wie in den anderen, an Deutschland grenzenden Ländern, so hat sie auch in Dänemark durch den Versailles Vertrag in sehr geschickter Weise die Grundlagengestaltung, auf der sie jetzt ihre politischen und militärischen Beziehungen zu Dänemark aufbauen kann. Für die nord-schleswigschen Lande wurde eine Volksabstimmung festgesetzt. Alle Gegenden zwischen Deutschland und Dänemark sollten durch sie wieder zum Aufleben gebracht und durch den Abstimmungsstempel weiter verfestigt werden. Die konsequente Abhängigkeit und der Umstand, daß einmal befristete deutsche Bevölkerungsteile als nationale Minderheiten unter dänische Herrschaft kamen, andererseits aber die Wünsche der dänischen Nationalisten auf deutsches Land, besonders auf die Stadt Flensburg, nicht volle Berücksichtigung fanden, sollten dafür sorgen, daß die Gegenseite zwischen den beiden Nachbarn nicht einfließen und nicht überbrückt würden. Französische Truppen kamen zur Abstützung ins Land. Sie sollten durch ihr Eintreten und ihre Parteinahme für die in den französischen Gebieten wohnende dänische Minderheit in Verbindung mit einer entsprechenden Unterdrückung der deutschen Bevölkerungsteile die an und für sich lächerlichen Dänemärsche für Frankreich in Wirkung bringen, Dänemark Frankreich gegenüber zu Dant verpflichten.

Die französische Politik hat sich in ihren Berechnungen nicht getäuscht. In den Grenzen unserer verdrängten Nordmark, im ehemaligen deutschen Nord-Schleswig und auf der Halbinsel Jütland trat man sich dänischerseits mit militärischen Plänen, und teils wohl kein Zweifel bestehen kann, hinter denen sich aber bereits zweifellos der verderbliche Einfluß der französischen Politik auf Dänemark bemerkbar macht. Dänemark bewegt das Schwergewicht seiner Landesverteidigung, das bisher auf den Inseln Laug, nach der Halbinsel Jütland und Nord-Schleswig, an die neue deutsche Grenze.

Die aus 51 Bataillonen Infanterie, 12 Schwadronen Kavallerie, 20 Feldbatterien, 12 Kompanien Artillerie und 18 Kompanien Küstenartillerie, sowie technischen Truppen und einem Allegerkorps bestehende dänische Armee ist augenblicklich mit ihrer Masse östlich des Großen Belt, auf den Inseln, besonders auf Seeland mit der Landeshauptstadt und Festung Kopenhagen, mit nur geringeren Teilen auf der Halbinsel Jütland untergebracht. Teillich des Großen Belt liegt das erste Armeekorps mit dem Generalkommando in Kopenhagen in einer Stärke von drei Infanterie-Divisionen zu je drei Regimentern und das zweite Armeekorps, weiltlich des Großen Belt dagegen das zweite Armeekorps mit dem Generalkommando in Aarhus in einer Stärke von nur einer, der fünften Brigade zu drei Regimentern. Das soll in Zukunft anders werden. In der bisherigen Gliederung und Verteilung der dänischen Wehrmacht sind schon für die aberschwärzte Zeit wichtige Veränderungen geplant. Die überwiegende Masse der dänischen Armee soll auf Jütland und in Nord-Schleswig, insbesondere in der Gegend von Sonderburg und Apenrade, untergebracht werden, als Besatzung für Seeland und die anderen Inseln auf diesen nur noch ein Drittel der dänischen Wehrmacht verbleiben. Das Generalkommando in Kopenhagen soll aufgelöst, die gesamten Truppen dem Generalkommando in Aarhus unterstellt werden. Auf Jütland und in Nord-Schleswig ist die Verteilung und Unterbringung der einzelnen Divisionen so geplant, daß eine Division im Raume Sonderburg-Apenrade, also längs der neuen deutsch-dänischen Grenze, die andere im Raume Molding-Baderleben untergebracht wird, während die fünfte Brigade mit ihren Truppenteilen in ihrem bisherigen Unterbringungsraum Aarhus-Bridericia verbleibt. Gleichzeitig mit diesen Umgruppierungen der dänischen Armee ist an der neuen deutsch-dänischen Grenze der Bau umfangreicher Befestigungsanlagen in Aussicht genommen. Hierzu sollen die Stellen ausgenutzt werden, die vor Beginn des uneingeschränkten Unterseebootkrieges deutscherseits aber durch das nördliche Schleswig von Sverrebel nach Baderleben angelegt und die nunmehr, nachdem sie kürzlich erst von einer aus dänischen Generalstabs- und Festungs-offizieren bestehenden Kommission besichtigt worden sind, ausgerechnet - und diese Tatsache allein kennzeichnet bereits den Stand der

Französischer Protest gegen deutsche Wahrheiten.

Einspruch gegen eine deutsche Regierungserklärung (Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten). Paris, 7. März. Nach dem „Antirassischen“ ist der französische Botschafter in Berlin beauftragt, bei der deutschen Regierung Vorstellungen wegen der Ausführungen zu erheben, die Staatssekretär Müller vom Wehrbaumministerium im Reichstag über die Widerstände gemacht hat, die alle deutschen Wiederaufbauvorläufe bisher bei der französischen Regierung gefunden hätten. Der Botschafter wird den Wunsch der französischen Regierung nach einer Berichtigung dieser Behauptungen zum Ausdruck bringen. Außerdem beabsichtigt Poincaré in einer der nächsten Sitzungen der Kammer auf die Ausführungen des Staatssekretärs zu antworten.

Das englische Unterhaus und die Leistung der Rüstrohwerke.

London, 7. März. Im Unterhaus sagte Chamberlain in Beantwortung einer Anfrage, ob der Direktor und der Verführer der Rüstrohwerke verhaftet seien, und ob Schritte unternommen werden, um ihre Flucht zu verhindern, es sei vor kurzem die Nachricht eingetroffen, daß die deutsche Regierung gegen die Familie Rüstroh und andere Mitglieder der Firma ein gerichtliches Verfahren einleite. Die Frage der gegen ein Entkommen dieser Personen zu ergreifenden Maßnahmen sei eine Angelegenheit, für die die deutsche Regierung verantwortlich sei. Auf eine weitere Frage, ob die britische Regierung den Obersten Rat eruchen werde, der Verständigung des Berichtes des Reichsstaatsverständigen-Ausschusses über das Gerichtsverfahren vor dem Leipziger Reichs-

gericht zustimme, erwiderte Chamberlain, der Oberste Rat werde über die Frage der Veröffentlichung um seine Ansicht befragt werden. Deard fragte, ob die Aufmerksamkeit des Premierministers auf die britische und antirassistische Propaganda gelenkt worden sei, die von dem deutschen drahtlosen Presbureau in Kopenhagen über die ganze Erde verbreitet werde und welche britischen drahtlosen Mittel zur Verfügung ständen, um diese unheilvolle Tätigkeit zu bekämpfen. Chamberlain erwiderte, die Antwort auf den ersten Teil der Frage lautet bejahend. Drei Funkstationen mit britischen Nachrichten Amt verfehlt und von der Funkstation Seefeld aufgefand. Sie würden von den meisten europäischen Ländern und von den Schiffen auf See aufgefangen und weitergeleitet. Die Verwendung der Funkstation in Kairo werde es hoffentlich ermöglichen, daß diese Funkstationen nach dem ferneren Osten übermittelte und dort in ähnlicher Weise verwendet würden. (W.T.R.)

Der Papst gegen die schwarze Schmach.

Rom, 7. März. Der Papst empfing gestern die italienische Antisklaverei-Gesellschaft und lobte besonders deren Aufstreben gegen den Ausschluß der deutschen Missionare aus ihrem früheren Wirkungsbereich und gegen die schwarzen Besatzungstruppen in Europa. Bekanntlich hatte vor Monaten der italienische Antisklaverei-Kongress die Verwendung schwarzer Truppen zur Besetzung deutscher Gebiete als eine Kulturhandlung hingestellt. Großes Aufsehen erregte die auf polnische Weise zurückgeführte Fällung des offiziellen päpstlichen Handbuchs Annale Pontificale für 1922, aus dem eine Stelle, enthaltend die Ernennung eines polenfeindlichen ruthenischen Bischofs, entfernt wurde. Der Papst ordnete auch strenge Untersuchung an.